

Richtlinien

für die Gewährung einer Mietbeihilfe für **Geschäfts- bzw. Betriebsansiedelungen von Jungunternehmen „Venture Rent“ in der Innenstadt** (innerhalb der vier Ringe)

Die Landeshauptstadt Klagenfurt gewährt im Rahmen der Wirtschaftsförderung nach Maßgabe der hierfür bereitgestellten finanziellen Mittel eine Mietbeihilfe für Geschäfts- bzw. Betriebsansiedelungen von Jungunternehmen und Neugründungen „Venture Rent“ in leerstehende ebenerdige Geschäftslokale in der Innenstadt (innerhalb der vier Ringe) bzw. auch für Standortverlegungen von Jungunternehmen in leerstehende ebenerdige Geschäftslokale in die Innenstadt (innerhalb der vier Ringe) gemäß den nachstehenden Bestimmungen:

- Die Förderung wird Einzelhandelsbetrieben gewährt, wobei für Maßnahmen zur Neubelebung leerstehender Geschäftslokale der Kreis der anspruchsberechtigten Förderungswerber auf Gewerbebetriebe ausgeweitet wird.
- Die Gewährung einer Förderung des Mietaufwandes ist ausgeschlossen, wenn es sich nur um eine Verlegung eines innerstädtischen Betriebes (innerhalb des Ringes) handelt. Weiters sind von der Förderung alle Branchen ausgeschlossen, welche gegen die guten Sitten verstoßen sowie auch Ansiedelungen von Spielcasinos, Wettbüros, jugendgefährdenden Einrichtungen bzw. Betrieben mit hoher Umwelt- oder Verkehrsbelastung.
- Die Förderung des Mietaufwandes kann nur einmalig an Förderungswerber gewährt werden, welche die persönlichen Voraussetzungen im Sinne der Richtlinie „Jungunternehmen“ erfüllen.
- Basis der Förderung ist die Miete laut Mietvertrag. Die Förderung des Mietaufwandes kann maximal für die Dauer der ersten drei Geschäftsjahre gewährt werden. Die Förderung erfolgt in drei Dritteln und zwar jährlich jeweils ein Drittel des Mietaufwandes, höchstens jedoch 14.500 EUR in drei Jahren.
- Der unterfertigte und beim Finanzamt vergebährte Mietvertrag ist vorzulegen und die Höhe der vereinbarten Miete ist durch die Schlichtungsstelle der Stadt auf ortsübliches Niveau zu prüfen. Der Mietvertrag muss mindestens auf die Dauer von drei Jahren abgeschlossen werden.

- Eine eventuell erforderliche Betriebsanlagegenehmigung sowie ein Nachweis der Investitionen ist vorzulegen.
- Auf die Gewährung einer Förderung der Mietaufwendungen besteht kein Rechtsanspruch. Seitens des Förderungswerbers ist der Rechtsweg ausgeschlossen.
- Die Förderung erfolgt als freiwillige Leistung im Rahmen der Privatwirtschaftsverwaltung der Stadt in Abstimmung mit den budgetären Möglichkeiten. Über Zuerkennung, Art und Ausmaß eines Förderungsbeitrages entscheidet der Stadtsenat nach Vorberatung im Wirtschafts- und Gewerbeausschuss.
- Eine durch den Stadtsenat beschlossene Mietbeihilfe kann erstmalig frühestens einen Monat nach Fertigstellung, Eröffnung und Inbetriebnahme der neuen Betriebsstätte maximal drei Jahre lang in der Höhe von 1/36 des monatlichen Netto-Mietaufwandes im Nachhinein angewiesen werden.

Antragsberechtigte

Förderungswerber können jedoch ausschließlich Jungunternehmer (physische- od. juristische Personen) sein, die ein Handelsgewerbe gründen oder übernommen haben, dieses in der Folge zu einem wesentlichen Teil leiten, während der letzten fünf Jahre vor Gründung oder Übernahme des Unternehmens nicht wirtschaftlich selbstständig waren und eine bisherige unselbstständige Tätigkeit aufgeben.

Eine Förderung kann natürlichen oder juristischen Personen, Personengesellschaften des Handelsrechtes oder eingetragenen Erwerbsgesellschaften gewährt werden. In diesem Fall muss jedoch wenigstens ein Jungunternehmer im Sinne der oben angeführten Bestimmungen am um Förderung ansuchenden Unternehmen mit über der Hälfte direkt beteiligt und zu dessen Geschäftsführung und Vertretung berechtigt und verpflichtet sein.

Jungunternehmer müssen über ausreichende persönliche Qualifikationen (zB entsprechende Ausbildung, berufliche Erfahrung) verfügen, die eine längerfristig erfolgreiche Unternehmensführung erwarten lassen. Die Förderungswerberin hat ein Strategiekonzept und einen mehrjährigen Geschäftsplan vorzulegen.

Die Unternehmensgründung bzw.– übernahme darf zeitlich längstens 12 Monate vor Einbringung des Förderungsansuchens liegen.

Gegen den Förderungswerber darf kein Zwangsvollstreckungs-, Konkurs-, Schuldenregulierungs- sowie Ausgleichsverfahren anhängig sein sowie kein Konkursantrag mangels Deckung der Verfahrenskosten abgewiesen bzw. kein Konkursverfahren durchgeführt oder abgeschlossen worden sein. Ebenso darf kein Entziehungsverfahren gemäß §361 GewO 1994 oder ein diesem gleichwertiges

sonstiges Verfahren (z.B. Disziplinarverfahren) anhängig sein. Eine Einleitung eines solchen Verfahrens oder Antrages ist der Stadt vom Förderungswerber unverzüglich mitzuteilen.

Antragsteller, die bei der Stadt Klagenfurt Schulden bzw. Abgabenrückstände aufweisen, erklären sich mit einer Gegenverrechnung einer gewährten Förderung einverstanden.

Förderungsvoraussetzungen

Der Betrieb ist als ordentlicher Geschäftsbetrieb in vollem Umfang zu führen. Untervermietungen sind ausgeschlossen. Voraussetzung einer Förderung ist ein mindestens dreijähriger Geschäftsbetrieb. Wird der Betrieb innerhalb von drei Jahren wieder geschlossen, hat die Stadt Klagenfurt das Recht, den Förderungsbetrag zurückzufordern.

Eventuelle bauliche Maßnahmen dürfen nicht dem Flächenwidmungsplan oder einem Bebauungsplan der Stadt widersprechen.

Bedingungen

- Der Förderungswerber ist verpflichtet, der Landeshauptstadt Klagenfurt alle mit der Durchführung des Vorhabens im Zusammenhang stehenden Auskünfte zu erteilen, Mietverträge und andere Unterlagen zur Überprüfung vorzulegen und die widmungsgemäße Durchführung des Vorhabens sowie des Geschäftsbetriebes durch Organe der Landeshauptstadt Klagenfurt jederzeit überprüfen zu lassen.
- Wenn Umstände eintreten, die entweder in der Person des Förderungswerbers bzw. in seinem Vermögen oder in der Führung des Unternehmens liegen, die den beabsichtigten Zweck der Förderungsmaßnahme beeinträchtigen oder ausschließen, oder wenn vorgesehene Nachweise nicht eingebracht werden, erlischt der Anspruch auf die Förderung des Mietaufwandes. Als solche Umstände sind insbesondere die Nichteinhaltung von in der Zusicherung gemachten Bedingungen, die Bestellung eines Kurators oder Beistandes für den Unternehmer, die Veräußerung wesentlicher Teile des Betriebsvermögens, die Eröffnung des Ausgleichsverfahrens, die Eröffnung des Konkurses, die Abweisung eines Konkursantrages mangels eines zur Deckung der Kosten des Konkursverfahrens ausreichenden Vermögens, ein den Weiterbestand des Betriebes bedrohender Rückgang des Wirtschaftserfolges sowie die Stilllegung des Betriebes anzusehen. Bereits geleistete Zuschüsse sind zurückzuzahlen, wenn der Förderungswerber diese widmungswidrig verwendet oder falsche Angaben gemacht hat.

- Der Förderungswerber hat alle etwaigen mit der Inanspruchnahme der Förderung verbundenen Kosten und Gebühren zu tragen.
- Die Gewährung der Förderung von Mietaufwendungen kann im Einzelfall noch von weiteren von der Stadt geforderten Auflagen und Bedingungen abhängig gemacht werden. Sie kann insbesondere an die Bedingung geknüpft werden, bestimmte Verbesserungsmaßnahmen vordringlich durchzuführen.

Verfahren

- Für das Ansuchen um Gewährung einer Förderung eines Mietaufwandes ist das vom Magistrat der Landeshauptstadt Klagenfurt aufgelegte Formular zu verwenden. Dem Ansuchen sind die für die Beurteilung des Vorhabens erforderlichen Unterlagen (unterfertigte und vergebührte Mietverträge, ein Strategiekonzept und ein Finanzierungsplan sowie der Nachweis der Eigenmittel) anzuschließen.
- Über Zuerkennung, Art und Ausmaß einer Förderung entscheidet im Einzelfall der Stadtsenat nach Vorberatung im Wirtschafts- und Gewerbeausschuss und nach Maßgabe der hierfür bereitgestellten Mittel. Im Zusicherungsbeschluss werden etwaige Bedingungen, an welche die Förderung geknüpft wird, aufgenommen. Eine Auszahlung von Förderungsbeiträgen kann nur erfolgen, wenn sämtliche Bedingungen und Voraussetzungen erfüllt und vom Förderungswerber verpflichtend angenommen und akzeptiert worden sind.

Antragsformular

An den
Magistrat der Landeshauptstadt Klagenfurt
Wirtschaftsreferat
Herrn Vizebürgermeister Walter Zwick

Datum

Neuer Platz 1
9020 Klagenfurt

Ansuchen um Gewährung einer

Mietbeihilfe

nach den Richtlinien der Landeshauptstadt Klagenfurt für **Geschäfts- bzw. Betriebsansiedelungen von Jungunternehmen „Venture Rent“ in der Innenstadt** (innerhalb der vier Ringe).

Persönliche Verhältnisse:

1. Vor- und Zuname, Anschrift, Telefonnummer:

2. a) Name und Anschrift der Firma, E-Mail-Adresse:

b) Bankverbindung:

c) Firmeninhaber (Gesellschafter):

d) Datum der Unternehmensgründung:

2. Alte Betriebsstätte (bei Standortverlegung)
Wird die alte Betriebsstätte aufgegeben:

Warum wird die alte Betriebsstätte aufgegeben:

3. Voraussichtliche Fertigstellung der neuen Betriebsstätte:

4. Gesamtkosten

5. Finanzierung:

a) Eigenmittel

b) Fremdmittel (Darlehensgeber)

6. Andere Förderungen:

a) zugesagte Förderungen von anderen öffentlichen Stellen (welche Stelle u. welche Höhe):

b) Ansuchen um Förderung an andere öffentliche Stellen:

c) Ansuchen bez. sonstiger Förderungen (Wirtschaftskammer, etc.)

Die Währungsangaben sind in EUR ATS angegeben.

Eine Auszahlung von Förderungsbeiträgen kann nur erfolgen, wenn sämtliche Bedingungen und Voraussetzungen erfüllt und vom Förderungswerber verpflichtend angenommen und akzeptiert worden sind.

Erklärung:

Der Antragsteller erklärt verbindlich, dass er die Richtlinien für die Gewährung einer Mietbeihilfe für Geschäfts- bzw. Betriebsansiedelungen von Jungunternehmen „Venture Rent“ in der Innenstadt (innerhalb der vier Ringe) anerkennt und akzeptiert. Im Zusicherungsbeschluss können weitere Bedingungen aufgenommen werden, an welche die Förderung geknüpft ist. Der Antragsteller verpflichtet sich für den Fall der Gewährung einer Mietbeihilfe, alle mit der Durchführung des Vorhabens zusammenhängenden Auskünfte zu erteilen, Verträge, Rechnungen und andere Unterlagen zur Überprüfung vorzulegen und die widmungsgemäße Verwendung durch Organe der Landeshauptstadt Klagenfurt jederzeit überprüfen zu lassen.

Unterschrift

Anlagen:

- Begründetes schriftliches Ansuchen (Antragsformular)
- Nachweis der persönlichen Voraussetzungen des Förderungswerbers im Sinne der Richtlinie
- Befähigungsnachweise
- Strategiekonzept – Businessplan
- Unterfertigter vergebürter Mietvertrag
- Eventuell erforderliche Betriebsanlagegenehmigungen
- Firmenbuchauszug (wenn vorhanden)